

Populistisches Law & Order-Geschwätz der CSU als gefährliche Wahlkampfstrategie

**Thema Jugendgewalt zu ernst, um es polemisch und undifferenziert
im Wahlkampf zu missbrauchen!**

- von **Dr. Linus Förster**, MdL,
*jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion,
stellvertretender Vorsitzender der Jugendenquetekommission „Jung sein in Bayern“* -

Es ist wohl bereits Wahlkampf in Bayern, und wenn die CSU keine brauchbaren Erfolgsmeldungen vorweisen kann, dann greift sie in die Mottenkiste populistischer Agitation, wie die undifferenzierten „Law & Order“-Forderungen eines Roland Koch in Hessen und deren kritikloser Übernahme durch die CSU in Bayern zeigen.

Schutz, Sicherheit und Ordnung sind nach Umfragen der Meinungsinstitute Bereiche, welche ganz oben in der Prioritätenliste der Bürgerinnen und Bürger stehen, wenn es um Wahlscheidende Themen geht. In diesem Sinne ist es ein Erfolgsversprechendes Kalkül, wenn sich die CSU gerade angesichts der aktuellen Ereignisse auf dieses Thema stürzt und versucht, dies populistisch zu nutzen.

Enttäuscht bin ich aber über die verantwortungslose Weise, wie man mit diesem sozialpolitischen Thema umgeht. Die Erkenntnisse der parlamentarischen Untersuchungen zu dem Thema zeigen, dass die Forderungen der CSU-Spitze nicht nur unsinnig sind, sondern kontraproduktiv und dumm!

Denn die Wichtigkeit dieser Themen wird von keiner Partei angezweifelt – schon gar nicht angesichts der brutalen Überfälle Jugendlicher in München binnen so kurzer Zeit. Differenzen bestehen aber in der Umgangsweise mit den Ursachen und besonders hinsichtlich der Forderungen und Konsequenzen aus der Politik. Härtere Strafen und Erziehungscamps sind kein geeignetes Mittel im Kampf gegen Jugendkriminalität. Vordergründig mag man daran glauben, aber das umfangreiche Datenmaterial der Jugendenquete beweist, dass dies teure Illusionen mit extrem hohen Rückfallquoten sind und dass höhere Strafen als Abschreckungspotential bei Jugendlichen nicht greifen.

Glauben Sie, dass die Jugendlichen in der Münchner U-Bahn nicht zugetreten hätten, wenn die Strafe 15 statt 10 Jahre gewesen wäre? Abschreckung funktioniert vielleicht, wenn mehr Polizei gut ausgebildet und motiviert bereit stehen würde; aber hier setzt die CSU-Politik ja auf Personalabbau und mehr Arbeitsstunden der Polizisten statt auf entsprechende Präsenz vor Ort.

Abschreckung ist nicht das angemessene Mittel, um der steigenden Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen zu begegnen. Die Untersuchungen der Jugendenquete, die spätestens im Sommer 2008 der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen, zeigen die Bedeutung und Not-

wendigkeit von Bildung und Wertevermittlung für den präventive Umgang mit Jugendgewalt und auf die Erfolge guter pädagogischer Modelle und Hilfestellungen für eine erfolgreiche Resozialisierung straffällig gewordener Jugendlicher. Diese gibt es aber nicht zum Nulltarif. Vielleicht sollte die CSU kapieren, dass sich Investitionen in Schule, Bildung- und Jugendarbeit mehr rentieren als der Bau neuer Gefängnisse.

Wir brauchen abgestimmte Aktivitäten zur Eindämmung der Gewalt von Jugendlichen und durchdachte Konzepte, die nicht nur von Ministerien und Justiz erarbeitet werden, sondern die auf die Kompetenz der Landesjugendbehörden und der entsprechenden Fachkräfte der Jugendarbeit zurückgreifen.

Wenn die neue CSU-Generalsekretärin glaubt, dass man alleine mit der Verschärfung des Strafrechts zum Erfolg kommt, tut fachliche Beratung durch die Jugendexperten not. Ansonsten drohen weitere zehn Jahre Jammern über die hohe Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen. Aber vielleicht versucht sie mit dieser ganzen Haudrauf-Polemik ja auch nur zu beweisen, dass sie genauso scharf sein kann wie ihr Vorgänger als Generalsekretär. Dieser hatte auch die nötige Medienaufmerksamkeit, wenn er sich zur Jugend in Bayern äußerte - nicht wegen des jugendpolitischen Sachverstandes, sondern eben genau wegen des Fehlens desselben!